

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Zum Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ ist eine Sonderbriefmarke erschienen.** Sie zeigt den hebräischen Schriftzug „*Chai*“ – was „Leben“ bedeutet – zusammen mit dem Ausruf „Auf das Leben!“, wie die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Mainz mitteilte. Der Kölner Designer Detlef Behr gestaltete die Briefmarke mit Portowert 80 Cent, die vom Bundesfinanzministerium herausgegeben wird. Den Impuls für eine Sonderbriefmarke zum Festjahr hatte der rheinland-pfälzische Antisemitismusbeauftragte Dieter Burgard gegeben. Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde von München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, dankte ihm in einem persönlichen Brief. Darin betonte sie, es sei „richtig, dass das Leben die zentrale Aussage der Marke bildet: Wir sind da und wir bleiben da!“ Im Jahr 2021 leben Jüdinnen und Juden nachweislich seit 1.700 Jahren auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. (kna öki 09.02.2021)
- **Zum Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ zeigt das Stadtmuseum Trier eine Sonderausstellung zur jahrhundertelangen Geschichte von Jüdinnen und Juden in der Stadt.** In 30 Interviews stellen Experten dazu charakteristische Orte aus Trier und der Region vor, wie das Museum Simeonstift mitteilte. Sie erzählen demnach von jüdischen Händlern, Künstlern und Gelehrten und führen zu Orten wie dem jüdischen Friedhof, der Synagoge oder dem Arye-Maimon-Institut für Geschichte der Juden an der Universität Trier. Einige Stationen erinnern laut Museum an den Holocaust und die Verfolgung. Andere lassen Spuren von älterer jüdischer Geschichte erkennen, etwa die historischen Häuser aus der Judengasse oder der jüdische Friedhof. Schwerpunkt der Interviews ist die Zeit des Mittelalters sowie das 19. und 20. Jahrhundert. Die Sonderausstellung ist vom 21. März bis 14. November zu sehen. Laut Museum geht die Forschung für Trier davon aus, dass es bereits zur Zeit der Römer eine jüdische Gemeinde in der Stadt gab. Ein erster schriftlicher Beleg stammt aber erst aus dem 11. Jahrhundert. Anfang des 14. Jahrhunderts hatte die Gemeinde demnach eine Blütezeit, damals lebten rund 300 Juden im jüdischen Viertel am Hauptmarkt. Die Pestpogrome 1349 setzten dem ein Ende. 1418/19 wurden alle Juden aus der Stadt ausgewiesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es bis in die 1990er Jahre, bis sich mit dem Zuzug von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion wieder eine rege jüdische Gemeinde mit rund 500 Personen in Trier etablierte. (kna öki 09.02.2021)
- **Die Polizei hat 2020 so viele jüdenfeindliche Angriffe festgestellt wie zuletzt im Jahr 2001.** Für das vergangene Jahr seien „bisher insgesamt 2.275 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund“ gemeldet worden, berichtet die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) und ihrer Fraktion. Bei 55 Delikten handelt es sich demnach um Gewalttaten, so „Tagesspiegel-online“. Die Polizei konnte laut Antwort der Bundesregierung 1.367 Tatverdächtige ermitteln. Fünf Personen seien festgenommen worden, Haftbefehle habe es keine gegeben. Die Zahl der Straftaten werde wahrscheinlich noch steigen, da die Polizei erfahrungsgemäß noch Delikte aus dem Vorjahr nachmeldet. Der Zentralrat der Juden zeigte sich über die Entwicklung besorgt. „Angesichts der zahlreichen antisemitischen Vorfälle auf den Corona-Leugner-Demos im vergangenen Jahr und der Verschwörungsmäythen im Netz war leider damit zu rechnen, dass die Zahl der antisemitischen Straftaten erneut steigt“, sagte Präsident Josef Schuster der Zeitung. Die Statistik zeige, dass die Radikalisierung der Gesellschaft voranschreite und der Respekt vor Minderheiten sinke, so Schuster. Aus Sicht der Polizei sind die meisten antisemitischen Delikte demnach rechten Tätern zuzuordnen. Islamistische, linke und anders motivierte Antisemiten seien in der Statistik nur eine kleine Minderheit. (kna öki 16.02.2021)
- **Frankreichs Bischöfe verlangen von den Katholiken mehr Kampf gegen den Antisemitismus im Land.** Dieser Kampf „muss jedermanns Sache sein“, heißt es in einer Erklärung, aus der die Zeitung „*La Croix*“ zitiert. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Eric de Moulins-Beaufort von Reims, stellte das Dokument in Paris vor. Adressiert ist es an Frankreichs Oberrabbiner Haim Korsia und den Präsidenten des Rates der jüdischen Institutionen in Frankreich (Crif), Francis Kalifat. Das Eintreten gegen Antisemitismus, so die

Bischöfe, komme besonders Christen zu, da sie „eine einzigartige spirituelle Bindung zum Judentum“ hätten. Zudem „verpflichtet uns auch die Erinnerung an die schrecklich dunklen Stunden der Geschichte“. Die Heilung von Antisemitismus und Antijudaismus sei „unverzichtbare Grundlage wahrer Brüderlichkeit“. Die Erklärung sei „durch sehr besorgniserregende Nachrichten motiviert“, sagte der Pariser Weihbischof Thibault Verny, Mitglied des Rates für die Einheit der Christen und die Beziehungen zum Judentum in der Bischofskonferenz, zu „*La Croix*“. Es gebe blutigen Antisemitismus mit Bombenanschlägen und Morden, aber auch „zügellosten Antisemitismus und wiederkehrende Vorurteile in den Sozialen Medien“. Korsia begrüßte die Initiative als „schönen Schritt“ gegen antisemitische „Versuchungen“ in der heutigen Gesellschaft. Es sei wichtig, die Dinge in den heutigen Worten zu wiederholen und zu betonen, dass es ein Verrat am Katholizismus wäre, am „Abhang des Antisemitismus hinabzurutschen“. (kna öki 16.02.2021)

- **Eine „Jubelarie“ soll das Festjahr nach den Worten des Präsidenten des Zentralrats der Juden nicht werden – zu zahlreich waren die dunklen Kapitel.** Aber es soll eine gute Gelegenheit zum besseren Kennenlernen von Juden und Nichtjuden sein. Am 21. Februar wurde das Festjahr offiziell eröffnet: Es erinnert an 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, den bedeutenden Beitrag von Juden zur deutschen Geschichte und möchte zeigen, wie Juden heute leben. In der Corona-Pandemie dürfte das nicht ganz einfach werden – aber das Jahr ist noch lang. So fand der Festakt ohne Publikum statt, vorab aufgezeichnete Wortbeiträge wurden aus der Kölner Synagogen-Gemeinde im Ersten ausgestrahlt. Zusätzlich zu den Reden von Vertretern der jüdischen Gemeinschaft und Politikern kam es zu Begegnungen via TV: So stellten jüdische Künstler, aber auch Studenten sich und ihr Verhältnis zu Kultur und Tradition vor. Mit einem klaren Bekenntnis war der zehnjährige Jona dabei: „Judentum bedeutet mir viel.“

Die Eröffnung des Festjahres warf einen Blick zurück auf vielfältige und entscheidende Beiträge von Juden über die Jahrhunderte hinweg. Alle Redner betonten, dass es zugleich Zeiten von Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung gab – bis hin zur Ermordung von rund sechs Millionen europäischen Juden in der *Schoah*. Danach war kaum an einen Aufbau jüdischen Lebens in Deutschland zu denken. Aber es geschah. Dann, seit den 1990er Jahren, kamen Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion: Die rund 220.000 Juden veränderten das jüdische Leben hierzulande einschneidend, wurden doch in manchen Städten erst Gemeinden gegründet. Und seit einiger Zeit zieht es auch junge Israelis vor allem in Großstädte. „Welch unermessliches Glück für unser Land“, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Heute sei jüdisches Leben hierzulande „vielfältig, facettenreich, lebendig, voller Schwung“ – zugleich weiter bedroht. Dem müsse entgegengetreten werden, mahnte Steinmeier, Schirmherr des Festjahrs. „Die Bundesrepublik Deutschland ist nur vollkommen bei sich, wenn Juden sich hier vollkommen zu Hause fühlen.“ Nach den Worten des Staatsoberhauptes trug das Judentum entscheidend zum Aufbruch Deutschlands in die Moderne bei. Als Beispiel nannte er Moses Mendelssohn (1729-1786), den Wegbereiter der „jüdischen Aufklärung“. Steinmeier resümierte: „Ob in der Philosophie, in der Literatur, Malerei und Musik, in der Wissenschaft, der Medizin, in der Wirtschaft, Juden haben unsere Geschichte mitgeschrieben und geprägt und unsere Kultur leuchten lassen.“

Um gegen Antisemitismus und Vorurteile vorzugehen, sei Bildung von großer Wichtigkeit, mahnte Zentralratspräsident Josef Schuster. Juden Hass mit all seinen schrecklichen Folgen ziehe sich „wie ein roter Faden durch die deutsch-jüdische Geschichte“. Juden dürften nicht länger als fremd empfunden werden. Er sei da optimistisch und freue sich sehr, dass jetzt die Möglichkeit bestehe, ein breites Publikum mit jüdischer Tradition und Kultur vertraut zu machen. Auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) warb dafür, sich besser kennenzulernen. Er verwies auf eine „lange Freundschaft“ zwischen Deutschland und Israel. Israels Staatspräsident Reuven Rivlin sagte in einer Grußbotschaft: „Obwohl wir die Tragödien der Vergangenheit nie vergessen werden, betonen wir unser gemeinsames Erbe, den Beitrag der deutschen Juden zur deutschen Gesellschaft und die tiefe Freundschaft zwischen Deutschland und dem israelischen Staat.“ (kna öki 23.02.2021)

- **Die bundesweit erste Ernennung von Polizei-Rabbinern in Baden-Württemberg sieht der Ulmer Rabbiner Shneur Trebnik als Chance.** „Ich möchte die Tür ein bisschen öffnen, um jüdisches Leben in Deutschland sichtbarer zu machen, besser zu erklären“, sagte Trebnik in der „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“. Viel zu oft werde das Judentum in Zusammenhang von Sicherheitsaspekten, rechtsextremen Gefahren oder Antisemitismus behandelt. „Wenn wir als Polizei-Rabbiner erreichen, dass jüdische Menschen nicht mehr als exotisch wahrgenommen werden, dann haben wir sehr viel erreicht. Es ist ein Versuch“, so der Ulmer Rabbiner. In der

Seelsorge wolle er allen und keineswegs nur jüdischen Polizistinnen und Polizisten seine Unterstützung anbieten, sagte Trebnik. Er betonte, Polizisten seien häufig mit extrem belastenden Situationen konfrontiert. Er hoffe, als Zuhörer und Seelsorger helfen zu können. Klar sei aber, dass es keine Patentrezepte gebe. „Wir machen Seelsorge. Wir sind keine Algorithmen.“ Trebnik und sein badischer Kollege Moshe Flomenmann sind seit Jahresbeginn als Polizei-Rabbiner tätig. Grundlage ist eine Vereinbarung des baden-württembergischen Innenministeriums mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften. Die jüdischen Seelsorger wollen angehenden Polizisten während ihrer Ausbildung Wissen über das jüdische Leben vermitteln und Polizeimitarbeitern sowie Angehörigen als Vertrauensperson zur Verfügung stehen. Weitere Bundesländer könnten folgen. Auch bei der Bundeswehr laufen Planungen für die Ernennung jüdischer Seelsorger. Eine Statistik, wie viele Polizisten jüdischen Glaubens sind, gibt es nicht. (kna öki 23.02.2021)

- **Der Neubau der seit 2007 geplanten und umstrittenen Potsdamer Synagoge soll in diesem Jahr beginnen.** Das gaben Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle (SPD) sowie der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und der Präsident von deren Zentralwohlfahrtsstelle, Abraham Lehrer, zusammen mit dem Berliner Architekten Jost Haberland in einer Videokonferenz bekannt. Das Land finanziert den Bau mit rund 13,7 Millionen Euro, die Eröffnung ist für 2024 geplant. Schüle erklärte zugleich, es sei vorerst kein gemeinsames Projekt mit den beiden zerstrittenen jüdischen Landesverbänden in Brandenburg. Das Land werde das Gotteshaus deshalb zusammen mit dem Zentralrat und der Zentralwohlfahrtsstelle errichten. Nach drei Jahren solle die Synagoge an den „Landesverband der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg“ übergeben werden. (kna öki 23.02.2021)
- **Antisemitismus ist nach einer neuen Studie im bundesweiten Vergleich in Sachsen besonders öffentlich sichtbar.** So hätten die judenfeindlichen „Verschwörungserzählungen“ bei den Pegida-Demonstrationen und den Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen stark zugenommen, erklärte der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Rias) bei der Vorstellung der Studie. So offen wie in Dresden trete Antisemitismus nur bei Veranstaltungen in Berlin auf. Nach Angaben von Sachsens Landesregierung soll es noch in diesem Jahr eine Meldungs- und Beratungsstelle zu Antisemitismus geben.

Die Studie „Antisemitismus in Sachsen“ ist online abrufbar (<https://www.report-antisemitism.de/>). Für die Zeit zwischen 2014 und 2019 wurden dabei 712 Vorfälle aus polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Erhebungen erfasst. Dies waren durchschnittlich drei judenfeindliche Taten pro Woche, der Bundesverband Rias rechnet indes mit einem „erheblichem Dunkelfeld“ in diesem Bereich. Unter den Fällen waren 16 Angriffe, 43 Bedrohungen und 68 Sachbeschädigungen. Seit 2017 zeichnet sich eine steigende Tendenz ab. Bei den Vorfällen handelte es sich zu jeweils über 40 Prozent um anti-semitisch begründete Äußerungen, die sich etwa gegen eine Erinnerung an die NS-Verbrechen wandten oder die sich für eine gesellschaftliche Ausgrenzung von Juden aussprachen. Neun Prozent fielen auf einen auf Israel bezogener Antisemitismus, der dem Staat die Legitimität absprach. Rund fünf Prozent waren Verschwörungsmythen über eine vermeintliche politische oder wirtschaftliche Weltmacht von Juden. 0,3 Prozent betrug der Anteil eines religiös begründeten Antisemitismus wie den Vorwurf, Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

Für die Studie führte der Bundesverband Rias auch Interviews mit 23 Betroffenen, zumeist Repräsentanten der jüdischen Gemeinden. Zwei Drittel von ihnen berichteten, dass sie solche Vorfälle unmittelbar erfahren hatten. Mehr als die Hälfte der Interviewpartner berichteten, diese auch angezeigt zu haben. Nur jedem Dritten war jedoch bekannt, dass solche Anzeigen zu Gerichtsverfahren führten. Dies belegt nach Auffassung des Bundesverbands Rias die Notwendigkeit, auch in Sachsen eine zivilgesellschaftliche Beratungs- und Meldestelle für antisemitische Vorfälle einzurichten.

Die Sächsische Staatsregierung will die Stellen für eine solche Einrichtung in den kommenden Wochen ausschreiben, wie deren Beauftragter für das Jüdische Leben, Thomas Feist, bei der Online-Vorstellung der Studie ankündigte. Sie solle „niedrigschwellig, gemeindenah und mehrsprachig“ sein und spätestens im Herbst eröffnen. Die Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden, Nora Goldenbogen, erklärte, eine solche Meldestelle sei besonders für zugewanderte Gemeindemitglieder wichtig, die „Hemmungen“ beim Kontakt mit den staatlichen Behörden hätten. Sachsens Landesrabbiner Zsolt Balla forderte mehr „interkulturelle Sozialkompetenz bei Polizei und Verwaltung, um sie besser bei der Bekämpfung von Antisemitismus sensibilisieren“. (kna öki 02.03.2021)

- **Als Angriff auf das Menschenrecht der Religionsfreiheit hat der Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER) und Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt, den Ausgang des Referendums für ein „Burka-Verbot“ in der Schweiz kritisiert.** „Der Hauptgrund solcher populistischen Bewegungen ist eine schweizerische Urangst: Es ist die Angst vor dem Fremden, es geht gegen Flüchtlinge, Migranten und in der Schweiz lebende religiöse Minderheiten“, erklärte er. Das Ergebnis sei ein alarmierender Trend für alle religiösen Minderheiten. Der Anteil der Muslime in dem Land liege bei rund fünf Prozent, die Zahl der Nikabträgerinnen werde auf rund 30 geschätzt. Der Oberrabbiner sprach von einer langen Tradition der Schweiz, Migration durch Verbote religiöser Praktiken einzudämmen. – Bei dem Volksentscheid stimmten am 7. März 51,2 Prozent für ein Verschleierungsverbot und 48,8 Prozent gegen die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“. Die Initiative hatte ein grundsätzliches Verbot gefordert, das Gesicht im öffentlichen Raum zu verhüllen. Erstmals werden Kleidervorschriften in der Schweizer Bundesverfassung festgeschrieben. (kna öki 09.03.2021)
- **Der Judaist und Schweizer Jesuitenprovinzial Christian Rutishauser wünscht sich mehr Aufmerksamkeit für die jüdischen Elemente der katholischen Messfeier.** Im Gespräch mit dem Portal „kath.ch“ bedauerte er, dass nur das Alte Testament als Brücke zum Judentum in der Liturgie gesehen werde. „Dabei besteht das Neue Testament auch aus jüdischen Geschichten“, so Rutishauser am „Tag des Judentums“, den die katholische Kirche in der Schweiz jährlich am zweiten Fastensonntag begeht. „Der Tag des Judentums ist kein weiterer Gedenktag. Es ist ein Sonntag, bei dem wir Katholikinnen und Katholiken im Gottesdienst bewusst feiern, wie stark wir mit dem Judentum verbunden sind“, so der Jesuit. Die jüdischen Elemente im Gottesdienst gerieten leider in Vergessenheit. Konkret verwies er auf zwei Segenssprüche während der Gabenbereitung. „Ich finde es schade, dass dieses jüdische Gebet oft vom Gemeindegang oder von einem Orgelspiel übertönt wird.“ (kna öki 09.03.2021)
- **Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hält kirchlich gebundene Menschen für weniger anfällig für Verschwörungsmythen.** „Ich habe das Gefühl, dass diese Konflikte bei den Menschen, die in ihrem Glauben verwurzelt sind, die kirchlich gefestigt sind, auch religiös gefestigt sind, weniger problematisch sind“, sagte Schuster bei einem Gespräch mit dem Würzburger Bischof Franz Jung auf „Instagram“. Es habe bei anderen wieder das alte Muster gegeben, die Verantwortung für Ereignisse, die man nicht deuten und erklären könne, bei Minderheiten zu suchen. „Das ist etwas, was mir auch Sorgen macht.“ Er selbst vermisse während der Pandemie vor allem die persönlichen Begegnungen. „Was mir besonders gefehlt hat, ist die direkte Kontaktmöglichkeit mit der Familie, das heißt mit Kindern, insbesondere mit Enkelkindern“, berichtete Schuster. „Das kann auch ein Bildschirm nicht geben in dieser Form.“ Geholfen hätten ihm dagegen das persönliche Gebet, aber auch religiöse Texte und Beiträge, wie sie die „Jüdische Allgemeine“ regelmäßig veröffentliche. Als „Almosen der Zeit“ bezeichnete der Zentralrats-Präsident die Tatsache, weniger unterwegs gewesen zu sein, sondern Dinge vom heimischen Schreibtisch aus erledigen zu können, ohne dafür extra nach Berlin oder München fahren zu müssen. Er habe sich zudem angewöhnt, seinen Arbeitstag zu beenden, wenn die Tagesschau um 20 Uhr beginne. Die gewonnene Zeit habe er genutzt, mehr mit Bekannten und Freunden in Kontakt zu bleiben, per Telefon oder Skype. „Ich wünsche mir, dass wir einiges von dem, was wir zwangsweise an Ruhephasen haben, zwangsweise an Gelassenheit entwickeln mussten, dass wir dies mit in die Nach-Corona-Zeit nehmen“, so Schuster. Er hoffe, dass es nach den Ein- und Beschränkungen nicht genauso hektisch weitergehe wie vor der Pandemie. Der Zentralrats-Präsident sprach mit dem Würzburger Bischof in der Reihe #zwei1einhalb bei „Instagram“. Dort will sich Jung an acht Abenden mit Prominenten, aber auch Menschen aus seinem Bistum austauschen. Grundlage dafür sind Anregungen des Bischofs zur Fastenzeit, die er dieses Jahr anstatt des sonst üblichen Hirtenworts veröffentlicht hat. Er wolle mit dem neuen Angebot raus aus der Einbahnkommunikation, sagte Jung. (kna öki 16.03.2021)
- **Zur Bekämpfung von religiös begründetem Antisemitismus haben die Teilnehmer des Augsburger Friedensgesprächs aufgerufen.** Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte, Antisemitismus werde heute in den christlichen Kirchen nicht mehr gepredigt, anders als noch vor zwei Generationen. Allerdings habe sich diese überkommene Form der Verkündigung „in den Familien weiter vererbt und bis heute gut erhalten“. Die Kirchen hätten weiter die Aufgabe, dem entgegenzuwirken. Die evangelische Theologin Margot Käßmann sagte, die evangelische Kirche in Deutschland habe sich dem Nationalsozialismus „zu großen Teilen angeschlossen“. Theologen, die in der NS-Zeit in Eisenach ein „Entjudungsinstitut“ gegründet hätten, hätten auch noch nach dem Krieg als

anerkannte Wissenschaftler gepocht. Heute könne man nur noch „schockiert“ darüber sein, „wie über die jüdischen Wurzeln Jesu so hinweggegangen werden konnte“. Der muslimische Psychologe Ahmad Mansour sagte, muslimischer Antisemitismus sei neben Rechts-Extremismus „die größte Bedrohung für jüdisches Leben in Europa“. Er wünsche sich von Muslimen in Deutschland einen kritischeren Umgang mit dem Koran und auch einmal „ein Freitagsgebet zum Existenzrecht Israels“. Für die Schulen müsse ein Format gefunden werden, in dem Islam, Judentum und Christentum so vermittelt würden, dass die Schüler zusammenblieben und nicht länger getrennt unterrichtet würden. „Wir brauchen mehr Inklusion und Begegnung im Alltag.“ Der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz, Henry G. Brandt, sagte, an Zuwanderer müssten klare Erwartungen hinsichtlich der in Deutschland geltenden Werte formuliert werden. „Parallelgesellschaften im Sinne ferngesteuerter Religionsgemeinschaften dürfte es gar nicht geben.“ Brandt fügte hinzu, es wäre aber „vielleicht auch einmal an der Zeit, in jüdischen Schulen etwas über Christentum und Islam zu lehren“. Die Vortrags- und Gesprächsreihe Augsburger Friedensgespräche fand diesmal wegen der Pandemie erstmals als Video-Schaltkonferenz statt, die im Internet übertragen wurde. Es gibt jeweils zwei Termine im Jahr. Mit der Reihe möchte das Friedensbüro der Stadt Augsburg mit Kooperationspartnern unter Bezug auf den Augsburger Religionsfrieden von 1555 politische Impulse setzen. (kna öki 30.03.2021)

- **Zu Mut, Gottvertrauen und Zuversicht in der Corona-Pandemie haben der badische Landesrabbiner Moshe Flomenmann und Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh aufgerufen.** Über die Grenzen von Religionen, Ländern und Kulturen hinweg „erleben wir in diesen Monaten der Pandemie gemeinsam, wie verletzlich, ausgeliefert und verbunden wir sind“, betonten sie in Karlsruhe. Juden und Christen verbinde und eine die „Gewissheit, dass Gottes Allgegenwart uns lebensschaffende Kraft spendet und stärker ist als alles, was uns auf dieser Welt fesseln und ängstigen kann“, so der Rabbiner und der Bischof. Es ist das erste Mal, dass sie eine gemeinsame Oster-Pessach-Botschaft veröffentlichen. Bei den beiden Feiertagen Pessach und Ostern feierten Christen und Juden, dass Gott allen „Todesmechanismen dieser Welt“ eine neue Wirklichkeit eines befreiten Lebens entgegen stelle, so Flomenmann und Cornelius-Bundschuh: „Pessach und Ostern sind für jüdische und christliche Gläubige die wunderbaren Widerworte Gottes gegen alle Fesseln dieser Welt.“ Pessach begann am Abend des 27. März und dauert bis zum 4. April. (kna öki 30.03.2021)
- **Der neue evangelische rheinische Präses Thorsten Latzel hat seinen Antrittsbesuch bei der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf vor einem Supermarkt absolviert.** Vor dem koscheren Geschäft überreichten ihm Vertreter der Gemeinde ein persönliches Paket zum Pessach-Fest, wie die Evangelische Kirche im Rheinland in Düsseldorf mitteilte. Latzel wies auf eine zentrale Bedeutung des Fests hin, die in der Corona-Krise deutlich werde. Sie zeige, „wie kostbar und wie wenig selbstverständlich Freiheit ist“, sagte er laut Redemanuskript. Juden und Christen sollten gemeinsam den Gedanken wachhalten, „dass Freiheit und Gemeinschaft zusammengehören, und dass die Vergangenheit immer wieder der Vergegenwärtigung bedarf.“ (kna öki 30.03.2021)
- **Zum Pessachfest haben in Berlin der katholische Erzbischof Heiner Koch und der evangelische Bischof Christian Stäblein die jüdische Kultur gewürdigt und Antisemitismus verurteilt.** „Die Erinnerung daran, dass Gott uns als freie Menschen will, ist eine Glaubenserfahrung, die uns verbindet“, heißt es in ihrem Schreiben an jüdische Gemeinden, Einrichtungen und Einzelpersonen in Berlin und Brandenburg. Unter Verweis auf das aktuelle Jubiläumsjahr zu 1.700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland würdigen beide Bischöfe, „dass jüdisches Leben und jüdische Kultur unser Land zum Segen für alle bereichert und nachhaltig geprägt haben“. Zugleich betonten Stäblein und Koch: „Mit Scham und Erschütterung bilanzieren wir aber auch das Ausmaß der Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe, denen Jüdinnen und Juden immer wieder ausgesetzt waren und sind.“ Sie kritisierten, dass Christinnen und Christen sich daran beteiligt hätten, dass die „Gott gewollte Freiheit seinem Volk immer wieder verwehrt“ worden sei. „Anstatt an Ihrer Seite zu stehen und Ihre Rechte zu verteidigen, haben die Kirchen selbst Vorurteile und Hass geschürt“, räumten die Bischöfe ein und versprachen: „Heute und in Zukunft wollen wir als Glaubensgeschwister an Ihrer Seite stehen und in aller Entschlossenheit allem Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten, die sich von neuem in erschreckender Weise ausbreiten.“ (kna öki 13.04.2021)
- **Den Austausch zwischen den Religionen will künftig das Bayerische Forschungszentrum für Interreligiöse Diskurse (BaFID) an der Universität Erlangen-Nürnberg fördern.** Dabei leisten die Hochschulen einen sehr kostbaren Beitrag, dessen Bedeutung weit über die Wissenschaft hinausgehe, sagte Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann

(CSU) bei der Eröffnung. Interreligiöse Verständigung sei bedeutender denn je. „Sie ist wesentlich mitverantwortlich für das Gelingen von Integration – und damit auch für das friedliche Zusammenleben von Gläubigen unterschiedlicher Religionen.“ Bayern fördere das Zentrum mit 860.000 Euro, sagte Herrmann, der auch Vorsitzender des BaFID-Kuratoriums ist. Das neue Forschungszentrum ist nach Angabe der Hochschule einzigartig. In ihm soll Grundlagenforschung zu Judentum, Christentum und Islam betrieben und mit dem Wissenstransfer der gewonnenen Erkenntnisse in die Gesellschaft verbunden werden. Dabei wolle man auf innovative Formate setzen, hieß es. Die Homepage ist dreisprachig. Auch sei Interaktion über die Sozialen Medien geplant. Zuwandernden und Flüchtlingen solle ein niedrigschwelliges Angebot ermöglicht werden. „Wer die Religion seines Gegenübers kennt und versteht, dem fällt es leichter, ihm mit Achtung, Empathie und Respekt zu begegnen“, sagte Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler (CSU). „Die drei monotheistischen Religionen sind keine starr-geschlossenen Einheiten, sondern diskursiv-lebendige Größen, die in sich und einander gegenüber wechselseitig offen sind“, betonte der Direktor des Zentrums, Georges Tamer bei der Eröffnungsfeier. „Man muss sie nur durch die richtige Brille betrachten, um ihre Diskursivität zu sehen.“ Das Zentrum selbst wurde im Herbst 2020 gegründet. Zu dem acht Personen zählenden Team gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Judaistik, der katholischen Theologie, Islamwissenschaft und Religionsphilosophie. Partner ist auch die Katholisch-Theologische Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, ferner Wissenschaftler anderer Fakultäten verschiedener Hochschulen. Außer der Staatsregierung fördern das Projekt auch die EKD sowie die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung. Im Kuratorium sitzen der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, der Münchner Kardinal Reinhard Marx und der Augsburger Bischof Bertram Meier (kna öki 20.04.2021)

- **Wie sieht der Dialog von Juden und Christen aus jüdischer Sicht aus, und welche Rolle spielen dabei liberale Perspektiven einerseits und orthodoxe Sichtweisen andererseits?** Über diese Fragen ist in der „HerderKorrespondenz“ (HK) eine muntere innerjüdische Debatte entbrannt. Den Aufschlag machte im März Jehoschua Ahrens vom *Center for Jewish-Christian Understanding and Cooperation* (CJCUC) und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD). Er wandte sich gegen die Ansicht, dass vor allem das liberale Judentum im Dialog und in der Versöhnungsarbeit engagiert gewesen seien, vor allem wenn auch die Zeit des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit einbezogen würden. Damals seien es in Deutschland vor allem orthodoxe Rabbiner und Gelehrte gewesen, „die den Dialog mit Christen und den Kirchen auf Augenhöhe, in gegenseitigem Respekt und Anerkennung, suchten“, so der ehemalige Darmstädter Gemeinderabbiner. Die meisten liberalen Vertreter hätten demgegenüber das Judentum als dem Christentum überlegen betrachtet und den Dialog mit den Kirchen abgelehnt. „Die ‚Leben-Jesu-Forschung‘ wollte keine Brücke zwischen Judentum und Christentum durch die Person Jesu schlagen, sondern mit einer vereinnahmenden Haltung Jesus ins Judentum ‚heimholen‘ und damit dem Christentum eine fundamentale Glaubensgrundlage entziehen.“ Dies gehe mit Polemik gegen das Christentum einher, die Jesus völlig vereinnahme und keinerlei theologische Dimension seiner Person für Nichtjuden zulasse. Dies stieß erwartungsgemäß auf Widerspruch im liberalen Lager. In der April-Ausgabe der HK befanden die Rabbiner Andreas Nachama (Berlin) und Walter Homolka (Potsdam), zwar stimme diese orthodoxe Positionsbestimmung „hoffnungsvoll“. Allerdings sei eine solche Aufgeschlossenheit „keineswegs immer die Regel“ gewesen, konstatierten sie. Die Juden hätten das Christentum über viele Jahrhunderte hinweg in erster Linie im Zusammenhang mit Götzendienst oder „*avodah zarah*“ gesehen. Die erste wirkliche Annäherung zwischen Juden und Christen habe in der frühen Neuzeit mit der Aufklärung stattgefunden. Es sei falsch, wenn Ahrens behaupte, die Nähe des liberalen Judentums zum Dialog mit dem Christentum habe sich auf eine „kurze Zeitspanne nach dem Krieg“ beschränkt. Auch seien die Protagonisten dieses liberalen Bemühens keineswegs „Einzelpersonen in einem Nischenphänomen“. Die von Ahrens repräsentierte Position des CJCUC ist aus Sicht Nachamas und Homolkas „neu und begrüßenswert, aber augenblicklich sicher keine Mehrheitsmeinung in der jüdischen Orthodoxie“. Im Übrigen würde nach ihrer Auffassung eine Modifikation der Bewertung des Christentums durch das orthodoxe Judentum noch lange keinen tiefergründigen theologischen Diskurs bedeuten. Und ein „Nichtangriffspakt“ sei „noch kein Dialog“. Diese Darstellung gerate leider bisweilen zur Karikatur, replizierten die orthodoxen Rabbiner Avichai Apel (Frankfurt) und Arie Folger (Wien) in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift. Den Autoren und dem liberalen Judentum in Deutschland gebühre großer Respekt für ihre Leistungen im christlich-jüdischen Verständnis, „auch wenn wir traditionellen Juden eine ganz andere Vorstellung vom Dialog, seinen Zielen und Methoden haben“. Eine Frucht dieses Dialogs sind die beiden Erklärungen anlässlich des 50.

Jahrestags der Konzilerklärung *Nostra aetate* „Zwischen Jerusalem und Rom“ (2017) und „Den Willen unsers Vaters im Himmel tun: Hin zu einer Partnerschaft von Juden und Christen“ (2015). Auch wenn sie eine Minderheitenposition beschrieben, zeigten sie, dass das Nachdenken über das Christentum und die Beziehungen zu den Kirchen auch innerhalb der Orthodoxie noch nicht beendet sei. (kna öki 04.05.2021)

- **Beim ÖKT ist am 14. Mai an die Opfer der Schoah in der Gastgeberstadt Frankfurt erinnert worden.** Fast 12.000 Juden aus der Stadt waren in den NS-Lagern ums Leben gekommen. Religionsvertreter warben für eine Kultur des Erinnerns und riefen dazu auf, rechtzeitig gegen Hass und Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Der katholische ÖKT-Präsident Thomas Sternberg sagte in der vorab aufgezeichneten Veranstaltung, das Gedenken solle auch den jüdisch-christlichen Dialog in Deutschland würdigen. Angesichts der ermordeten Juden sagte er: „Diese Menschen fehlen uns.“ Vor 1933 hatte die Frankfurter Gemeinde rund 30.000 Mitglieder. Die evangelische ÖKT-Präsidentin Bettina Limperg verwies darauf, dass es seit 1961 Tradition sei, zu Beginn evangelischer Kirchentage ein solches Gedenken zu veranstalten – im Bewusstsein „christlicher Verantwortung für die Schuld, die wir auf uns geladen haben“. Zum Erinnern gehöre, Gegenwarts- und Zukunftsverantwortung zu übernehmen. Marc Grünbaum vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt erinnerte an das jüdische Leben in der Stadt und stellte die heutige Gemeinde mit ihren 6.500 bis 7.000 Mitgliedern vor. Sie gehört zu den vier größten in Deutschland. „Jüdisches Leben war und ist fester Bestandteil der Stadt und der Stadtgesellschaft.“ Mit Blick auf das aktuelle Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ betonte Grünbaum, dass es nicht „per se“ eine Geschichte der Kontinuität sei: „11.908 – das ist die Zahl der Menschen, die aus Frankfurt in den Tod deportiert wurden.“ Trotz allem sei nach der *Schoah* eine Gemeinde aufgebaut worden. „Die Frankfurter Gemeinde entwickelte sich nicht nur zu einem Vorbild für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement, sondern auch zum Vorbild für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Angesichts von Antisemitismus sei die Frage der Sicherheit jedoch aktueller denn je.

Der Frankfurter Rabbiner Julian-Chaim Soussan, der katholische Stadtdekan Johannes zu Eltz und sein evangelischer Kollege Achim Knecht trugen ihre Gedanken unter anderen zu Psalm 118 vor. Dieser enthalte Elemente von Klage, Lob und Bitte, so Soussan. Er rief dazu auf, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Knecht sagte: „Dank sei Gott, dass wir hier gemeinsam stehen dürfen.“ Zu Eltz erinnerte daran, dass es in der Nazi-Zeit nur wenige Gerechte gegeben habe. Daher dürften die Menschen heute nie mehr zu spät und mit zu wenigen gegen Menschenfeindlichkeit vorgehen. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte bei einer anderen Veranstaltung, er wünsche sich „von einigen kirchlichen Kreisen“ mehr Sensibilität und Zurückhaltung im Umgang mit Israel. „Viele Urteile fallen zu schnell und mit zu wenig Sachkenntnis; stattdessen basieren sie auf Vorurteilen.“ Viel zu häufig würden an Israel andere Maßstäbe angelegt als an andere Staaten. Die Kirchen hätten sich nach der *Schoah* zu ihrer Schuld bekannt und gewandelt. Es sei wichtig, dass Geistliche vor Ort für Respekt werben und selbst Toleranz vorlebten. Dass bei den digitalen ÖKT-Podien zum Judentum weder der Nahostkonflikt noch die jüngsten Anschläge auf jüdische Einrichtungen als Themen vorkamen, nannte die Limperg bei einer Pressekonferenz ein „Problem vorproduzierter Veranstaltungen“. Gemeinsam mit Sternberg erklärte sie zudem in einer Pressemitteilung, die Bilder aus Israel und Palästina seien „erschreckend“ und weckten schmerzhaft Erinnerungen an die „vielen blutigen Ereignisse eines scheinbar nie enden wollenden Konfliktes“. Die Angriffe auf Synagogen in Deutschland seien eine „verabscheuungswürdige Diffamierung von Angehörigen der jüdischen Religion und Kultur.“ (Leticia Witte, kna öki 18.05.2021)

- **Mit eindringlichen Appellen gegen Judenhass und Rufen nach konsequenter Bestrafung reagieren Politiker und Religionsvertreter auf anti-israelische Demonstrationen und Übergriffe der vergangenen Tage.** „Nichts rechtfertigt die Bedrohung von Juden in Deutschland oder Angriffe auf Synagogen in unseren Städten“, betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim ÖKT in Frankfurt. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) kündigte hartes Durchgreifen an. „Wer antisemitischen Hass verbreitet, wird die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen“, sagte er „Bild am Sonntag“. Jüdinnen und Juden dürften in Deutschland nie wieder in Angst leben. Zugleich bot er den Polizeibehörden der Länder Unterstützung durch den Bund an. Auch SPD-Chefin Saskia Esken will Teilnehmer an antisemitischen Demonstrationen konsequent bestrafen. Der Funke Mediengruppe sagte sie: „Wer diese hetzerischen Parolen schreit oder verbreitet, muss mit der konsequenten Verfolgung durch unseren Rechtsstaat rechnen.“ Der Chef der EVP-Fraktion im EU-Parlament und stellvertretende CSU-Vorsitzende Manfred Weber will Hetze gegen alle Religionen

europaweit unter Strafe stellen. Zugleich gab er Parteien wie der AfD eine Mitverantwortung für jüdenfeindliche Übergriffe: „Radikale wie die AfD in Deutschland oder Le Pen in Frankreich haben Grenzverschiebungen beim Antisemitismus befeuert.“ „Die muslimischen Verbände und Imame müssen mäßigend wirken“, forderte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster: „Seit Tagen verbreiten Mobs in vielen deutschen Städten blanken Juden Hass. Sie skandieren übelste Parolen gegen Juden, die an die dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte erinnern.“ Dagegen müsse die Polizei konsequent vorgehen. Israels Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, forderte in der „Welt am Sonntag“ ein gemeinsames Eintreten von Muslimen und Juden gegen Hass und Polarisierung.

Vertreter von Muslimen in Deutschland verurteilten die Gewalt gegen Juden. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, sagte: „Wer unter dem Vorwand von Kritik an Israel Synagogen und Juden angreift, hat jedes Recht auf Solidarität verwirkt.“ Der hessische Landesgeschäftsführer des deutsch-türkischen Moscheeverbandes Ditib, Onur Akdeniz, sagte der Zeitung, Muslime seien wie alle in dieser Gesellschaft „angehalten, sich von hasserfüllten Menschenansammlungen fernzuhalten“ (siehe Seite 19). NRW-Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU) verlangte von allen in Deutschland lebenden Muslimen, das Existenzrecht Israels als Teil der Staatsräson zu akzeptieren: „Wir müssen gegen diesen Hass, gegen diese abscheulich hässliche Fratze des Antisemitismus klare rechtsstaatliche Antworten liefern“, sagte sie dem „Tagesspiegel“.

Auch zahlreiche Bischöfe verurteilten die Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen und riefen zu Solidarität auf. Der Berliner katholische Erzbischof Heiner Koch forderte die staatlichen Stellen auf, alles zu tun, um jüdische Menschen und Einrichtungen zu schützen. Alle Menschen müssten sich an die Seite der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stellen: „Wer euch angreift, greift auch uns an. Wir stehen auf gegen Antisemitismus.“ „Antisemitische Übergriffe sind nicht hinzunehmen und stellen einen Angriff auf unseren Rechtsstaat dar“, betonte der Würzburger Bischof Franz Jung. Der auch für die Friedensbewegung Pax Christi zuständige Mainzer Bischof Peter Kohlgraf rief alle Seiten im Nahostkonflikt auf, Gewalt und weitere Eskalation zu beenden: Antijüdische Aktionen in Deutschland seien „zutiefst verwerflich und erschreckend“. Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki mahnte alle Christen, ihren Teil zu einem friedlichen Miteinander beizutragen. Der Augsburger Bischof Bertram Meier warnte vor Geschichtsvergessenheit. (kna öki 18.05.2021)

- **Kardinal Reinhard Marx hat Rassismus und Antisemitismus als „Ausdruck tiefster Gottlosigkeit“ scharf verurteilt.** „Niemals werden wir Christen uns von unseren jüdischen Brüdern und Schwestern trennen lassen – nie mehr! Wir stehen an ihrer Seite.“ Das sagte der Münchner Erzbischof bei einem Gottesdienst in der evangelischen Bischofskirche St. Matthäus in München. Mit Blick auf den aktuell aufflammenden Antisemitismus und Rassismus rief Kardinal Marx bei der ökumenischen Feier die Christen dazu auf, ein Zeichen für die Einheit aller Menschen zu setzen, „weil alle Kinder Gottes sind und deshalb alle Brüder und Schwestern sind“. Der Erzbischof betonte: „Dass Gott der Vater aller Menschen ist, das ist ein Auftrag an uns. Deshalb ist die Ökumene unter den christlichen Konfessionen eigentlich zu kurz gegriffen. Das Ziel Gottes ist größer – er will die Einheit aller Christen, aber er will mehr, er will die Einheit aller Menschen, das Heil aller Menschen, dass für alle Menschen Hoffnung aufleuchtet. Dafür sind wir zuständig!“ Umso wichtiger sei es, „dass wir als Christen eins sind – aber nicht, um uns herum eine Mauer zu bauen, sondern als Vorzeichen für die Einheit aller Menschen.“ Der Erzbischof von München und Freising predigte bei einem ökumenischen Gottesdienst anlässlich der Gebetswoche für die Einheit der Christen. (erzbistum münchen 22.05.2021)
- **Vertreter von Christentum und Judentum haben den Dialog zwischen beiden Religionen gewürdigt.** Anlass ist das 50-jährige Bestehen des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn. Seit seiner Gründung am 27. Mai 1971 sei dies das einzige Gremium, in dem jüdische und christliche Gesprächspartner in kontinuierlichem Austausch stünden, erklärte der frühere Leiter des Kreises, Hans-Peter Heinz. Dagmar Mensink, seit 2016 gemeinsam mit Rabbiner Andreas Nachama Vorsitzende des Gesprächskreises, unterstrich: „Dieser Erfahrungsort ist ein großes Geschenk.“ Der jüdisch-christliche Dialog erschließe immer wieder neue Horizonte, den Glauben an Gott zu verstehen. Er biete zudem Gelegenheit, gemeinsam für Menschenwürde und Gerechtigkeit einzutreten. Aus Nachamas Sicht muss der Dialog auch künftig stetig vertieft werden. So blieben Menschen „in verschiedenen Glaubensweisen“ auf der Suche nach Wegen zu Gott.

Für den 8. Dezember kündigte das ZdK eine Jubiläumsfeier im Haus am Dom in Frankfurt an. Dabei solle nicht nur zurückgeschaut, sondern auch die Zukunft des jüdisch-christlichen

Dialogs in den Blick genommen werden, hieß es. Beim Trierer Katholikentag 1970 wurde die Gründung eines jüdisch-christlichen Gesprächskreises beim ZdK angeregt. Bis heute seien die Vorbereitung des jüdisch-christlichen Programms der Katholikentage und die „Diskussion grundlegender und aktueller Fragen“ Schwerpunkte der Arbeit des Gesprächskreises.

In vielen Erklärungen habe der Gesprächskreis kritisch Stellung zu Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft genommen sowie Impulse für ein respektvolles Miteinander gegeben, hieß es. Zuletzt hätten dabei Zukunft und Erneuerung der Erinnerungskultur im Mittelpunkt gestanden. Wiederholt habe sich der Gesprächskreis gegen antijüdische und antisemitische Stereotype in gesellschaftlichen, aber auch in kirchlichen Kontexten gestellt. Die Darstellung des Judentums in christlichen Kinderbibeln wurde laut ZdK ebenfalls kritisch reflektiert. „Die Wertschätzung des je anderen Weges prägte den Gesprächskreis von Beginn an – und damit das klare Nein zur Judenmission, das 2009 in einer eigenen Erklärung nochmals bekräftigt wurde.“ (kna öki 01.06.2021)

- **Der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr hat den Staat Israel als Lebensversicherung für Juden in aller Welt bezeichnet.** Dennoch dürften sie nicht für die Politik des israelischen Staates verantwortlich gemacht werden, sagte Neymeyr mit Blick auf die Ausschreitungen im Zuge des jüngsten Nahost-Konflikts. Er ist in der Deutschen Bischofskonferenz für die Beziehungen zum Judentum zuständig und äußerte sich bei einer Kundgebung gegen Antisemitismus vor der Erfurter Synagoge. Weiter sagte Neymeyr laut Manuskript: „Wenn ich jetzt gegen Antisemitismus spreche, bin ich mir bewusst, dass von der Hand, mit der ich auf die Fratze des Antisemitismus in unserem Land zeige, drei Finger auf mich zeigen. Der Antisemitismus hat christliche Wurzeln. In unseren Kirchen wurde Judenhass gepredigt.“ Seit Jahrzehnten setze sich die katholische Kirche aber vehement gegen jede Form von Antisemitismus ein, fügte der Bischof unter Verweis auf Äußerungen von Papst Johannes XXIII. hinzu. Mit Schrecken sei derzeit von neuen Formen des Antisemitismus zu hören, erklärte Neymeyr. Sie reichten von chiffrierten Hassbotschaften gegen Juden bis zu offen ausgeübter Gewalt. Dabei sei es von der Verharmlosung des Holocaust nur ein kurzer Schritt zu seiner Gutheißung – „und aus der Gutheißung erwächst die Bereitschaft zur Wiederholung, wie wir beim Anschlag auf die Synagoge in Halle entsetzt feststellen mussten“. Der Bischof sagte, er hoffe und bete, „dass jüdische Menschen nicht Deutschland verlassen, sondern dass sie nach Deutschland kommen“. Wer antijüdisches Denken zum Ausdruck bringe, müsse dazu als das entlarvt werden, was er sei: „ein zynischer, menschenverachtender Unmensch, der in die Fußstapfen der Vielen tritt, die für die *Schoah* verantwortlich waren“. (kna öki 01.06.2021)
- **Die Stadt Frankfurt will ihre finanziellen Zuwendungen an die Jüdische Gemeinde deutlich erhöhen.** Die Mittel von jährlich 4,8 Millionen Euro würden auf rund 5,8 Millionen Euro angepasst, so Bürgermeister und Kirchendezernent Uwe Becker (CDU). Der entsprechende, 1990 mit der Jüdischen Gemeinde geschlossene „Frankfurter Vertrag“ solle nun zum fünften Mal verlängert werden und sichere die Zuwendungen bis 2025. Dies wurde auch mit gestiegenen Sicherheitsaufwendungen begründet. Frankfurt am Main sei „die jüdischste Stadt in Deutschland“, betonte Becker. Jüdisches Leben sei ein deutlich sichtbarer Teil der Stadtgesellschaft. Die Jüdische Gemeinde mit ihren rund 7.000 Mitgliedern sei eine der größten Gemeinden in Deutschland. Sie bereichere seit Jahrzehnten auch das gesamtgesellschaftliche Leben weit über die Stadtgrenzen hinaus intellektuell. „Um dieses Wirken auch für die Zukunft wirtschaftlich abzusichern, die gemeindliche, soziale und kulturelle Arbeit zu fördern und gleichzeitig die gestiegenen Aufwendungen für die Sicherheit der Jüdischen Gemeinde abzufedern“, würden die Mittel erhöht. Damit stelle die Stadt die Partnerschaft mit der Jüdischen Gemeinde für die nächsten vier Jahre auf „solide finanzielle Beine“. (kna öki 01.06.2021)
- **Muslimische Organisationen in Rheinland-Pfalz und der Landesverband der jüdischen Gemeinde haben in einer gemeinsamen Erklärung für eine friedliche Lösung im Nahost-Konflikt geworben.** Der Antisemitismusbeauftragte des Landes, Dieter Burgard, begrüßte es, „dass in Rheinland-Pfalz Muslime und Juden zusammenarbeiten, gemeinsam an die Öffentlichkeit gehen und sich damit von radikalen Konfliktlösungen distanzieren“. Die gemeinsame Erklärung sei auch ein klares Zeichen gegen Antisemitismus, so Burgard. Den Opfern der jüngsten Gewalt in Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten gelte dabei die gemeinsame Anteilnahme. Die Erklärung erteile zudem jeglicher Form von Beleidigungen, dem Diffamieren von religiösen oder staatlichen Symbolen, Angriffen auf Synagogen und Moscheen oder gar Gewalt gegen Menschen eine unmissverständliche Absage. Der gemeinsame Appell verweise auf das wechselseitige Vertrauen und den Zusammenhalt der

Religionen in Rheinland-Pfalz. Dieses konstruktive Klima dürfe nicht auf Spiel gesetzt werden. Die Erklärung trägt die Überschrift „Zusammen gegen Hass und Gewalt!“ (kna öki 08.06.2021)

- **Als erster Militärbundesrabbiner ist Zsolt Balla (42) am 21. Juni in Leipzig ins Amt eingeführt worden.** Bei der Feierstunde sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU): „Das Judentum gehört zur Bundeswehr.“ Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sprach die Ministerin von einem großen Tag, der viel „wiege“. Erstmals nach rund 100 Jahren und 76 Jahre nach der Schoah gibt es nun wieder Militärrabbiner in den deutschen Streitkräften. Balla sagte, es sei keine leichte und selbstverständliche Entscheidung gewesen, die Rolle des ersten Militärbundesrabbiners zu übernehmen: „Ich stehe demütig hier und spüre die Last der Geschichte auf meinen Schultern.“ Es gebe viel Arbeit, aber er freue sich darauf. Balla bleibt weiterhin auch Landesrabbiner von Sachsen und orthodoxer Gemeinderabbiner in Leipzig. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hob hervor: „Die Bundeswehr hat nichts mit der früheren Wehrmacht gemeinsam, und nur deshalb ist es heute möglich, dass wir einen Militärbundesrabbiner einführen können.“ Die Amtseinführung gebe „allen Grund zur Freude und Dankbarkeit“. Balla schreibe damit Geschichte. Schuster überreichte ihm in der Synagoge die Ernennungsurkunde sowie einen Tora-Mantel für die Reise-Tora des künftigen Militärrabbinats, das derzeit in Berlin eingerichtet wird. Ein „wichtiger Nebeneffekt“ der jüdischen Militärseelsorge sei es, dass Fremdheit gegenüber dem Judentum abgebaut werde. „So dass – da bin ich mir sicher – Vorurteile gar nicht erst entstehen oder am besten gleich in sich zusammenfallen“, so Schuster.

Der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck ergänzte, dass die christliche Militärseelsorge an der Seite der jüdischen stehe, auch im gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus. Er hob hervor, dass die Kirchen die Einführung des Militärrabbiner-Amtes ausdrücklich unterstützt und mitbefördert hätten: „Es ist ein wichtiges Zeichen zu sehen, wie die Politik und Religionsfreundlichkeit unseres Landes Religionsfreiheit auch institutionell möglich machen.“

Die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) sprach von einem „großen und glücklichen Meilenstein“ für Deutschland und die Bundeswehr: „Gerade angesichts des wachsenden Antisemitismus in Deutschland und auch nach den jüngsten Verfehlungen einzelner Soldaten im Einsatz in Litauen könnte der Zeitpunkt für die Amtseinführung von Rabbiner Zsolt Balla besser nicht liegen.“

Rabbiner Walter Homolka, Vorsitzender der Union progressiver Juden in Deutschland, erklärte, Balla sei „der richtige Mann, um den Ausgleich zwischen liberalem und orthodoxem Judentum in der Militärseelsorge zu schaffen“. (kna öki 29.06.2021)

- **Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, hat für einen langen Atem und Hartnäckigkeit im Einsatz für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft geworben.** Dieses sei herausgefordert wie selten zuvor, sagte Widmann-Mauz auf der Online-Jahreskonferenz des jüdisch-muslimischen Dialogprojekts „Schalom Aleikum“ des Zentralrats der Juden in Deutschland, das sie fördert. Angesichts der Vorfälle in Deutschland etwa im Zusammenhang mit dem jüngsten Nahostkonflikt könne sie verstehen, wenn sich Juden fragten, ob Deutschland noch ihr Land und ihre Heimat sei; ob sie sich weiter für ein friedliches Miteinander stark machen sollten und wer am Ende eigentlich an ihrer Seite stehe. „Es braucht konkrete Taten, es braucht entschlossenes Handeln“, erklärte die Beauftragte und verwies auch auf Maßnahmen der Bundesregierung. Sie betonte: „Jüdisches Leben ist in Deutschland zu Hause. Der Hass ist es jedenfalls nicht.“ Mark Dainow, Vizepräsident des Zentralrates der Juden, sagte: „Selten ist eine Frage so dauerhaft aktuell wie die immer wieder gestellte Frage nach dem Stand des jüdisch-muslimischen Dialogs.“ Das Gespräch sei insgesamt ein „wichtiger, richtiger und nicht zu unterschätzender Schritt“. Auch sei die Wirkung von Sprache „unglaublich wichtig“. Dainow erinnerte ebenfalls an das Überschwappen des Nahostkonflikts auf Deutschland und gab zu bedenken, dass man mit Dialog alleine nicht gegen Gewaltauswüchse vorgehen könne. Das Projekt „Schalom Aleikum“ zeige, dass es gelinge, „die Welt ein Stück besser zu machen, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft ins Gespräch kommen“, so Dainow.

Ziel des bundesweiten Projekts „Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog“ ist ein Austausch zwischen Juden und Muslimen jenseits der Funktionärebene. So gab es in der Vergangenheit beispielsweise Veranstaltungen mit Ärzten, Sportlern und Unternehmern. „Das Dialogprojekt hat das konkrete Ziel, Antisemitismus gar nicht erst entstehen zu lassen. Denn wer aus seiner Lebensrealität heraus miteinander spricht, geht ohne Vorbehalte aufeinander zu“, heißt es dazu beim Zentralrat der Juden. (kna öki 06.07.2021)

- **Er ist Wahrzeichen, gehört zum Weltkulturerbe und zieht jede Menge Besucher an: der Kölner Dom.** Die spirituelle Dimension und die reiche Architektur lassen Gläubige und Touristen immer wieder staunen. Dass der Dom aber auch Darstellungen beherbergt, die Juden diffamieren, zeigen eine neue Ausstellung und eine Neuerscheinung, die in Köln im laufenden Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ vorgestellt wurden. Die Schau der Dombauhütte und des Domforums mit dem Titel „Der Kölner Dom und ‚die Juden‘“ ist im Foyer des Forums und läuft bei freiem Eintritt bis zum 15. August. „Die Ausstellung setzt sich mit der christlichen Sicht auf das Judentum auseinander. Sie möchte Anstoß geben, den eigenen Blick auf das Judentum zu prüfen, Jesus in seiner Verwurzelung im Judentum zu entdecken und schließlich wertschätzende Beziehungen zum Judentum und zu Jüdinnen und Juden mit Leben zu erfüllen“, schreiben Dombaumeister Peter Füssenich und der Leiter des Katholischen Bildungswerks, Rainer Tüschenbönner, im Begleitband. Beide erinnern daran, dass Judentum und Christentum gemeinsame Wurzeln haben. Weihbischof Rolf Steinhäuser unterstrich die Notwendigkeit, Menschen „wach zu halten“. Mit der Geschichte müsse man leben und könne sie nicht ungeschehen machen. Er betonte, dass das Christentum ohne Judentum nicht vorstellbar sei. Die Ausstellung macht deutlich, wie Gemälde, Skulpturen, Fenster und andere Kunstwerke den christlichen Glauben „ins Bild“ setzen. Darin spielen Juden aus biblischer Zeit eine prominente Rolle. Nicht zuletzt sind auch Beschneidungsszenen zu sehen. Und zugleich gibt es abwertende und verächtlich machende Darstellungen von Juden. Da sind etwa antijüdische Reliefs am Chorgestühl, das auf 1310 datiert ist. Eines zeigt eine „Judensau“, wie sie sich auch an anderen Kirchen findet: Ein als Jude gekennzeichnete Mann hält ein Mutterschwein hoch, das den Angaben zufolge im Mittelalter Sinnbild der Maßlosigkeit und Völlerei war. An den Zitzen saugt ein weiterer Jude, ein dritter füttert das Tier, das als unrein gilt. Ein zweites Relief stellt einen angeblichen Ritualmord dar. Solche Gerüchte führten in der Geschichte immer wieder zu Pogromen gegen Juden. Ein weiteres Beispiel ist das 1965 fertiggestellte „Kinderfenster“. Die Ausstellung erklärt: „Jüdische Widersacher Jesu werden mit physiognomischen Merkmalen charakterisiert, wie sie sich nur wenige Jahre zuvor in antisemitischen Hetzschriften der NS-Propaganda fanden.“ Dass solche Darstellungen möglich gewesen, nicht erkannt oder beanstandet worden seien, sei „erschreckend und beschämend“.

In der Ausstellung geht es auch um das heutige Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Judentum. Dieses sei „von Schritten der Aussöhnung und des respektvollen Miteinanders“ geprägt, heißt es. Erinnert wird an das Zweite Vatikanische Konzil, mit dem die katholische Kirche ihre Sicht auf das Judentum von Grund auf veränderte, sowie an den Besuch von Papst Benedikt XVI. im Jahr 2005 in der Synagogen-Gemeinde Köln. Die Schau beleuchtet zudem die Geschichte der Beziehung von Christen und Juden in Köln. Dazu bietet das Domforum während der Laufzeit öffentliche thematische Führungen an. Ebenfalls unter dem Titel „Der Kölner Dom und ‚die Juden‘“ ermöglicht eine Neuerscheinung im Kölner Domverlag einen thematischen Rundgang durch den Dom. Mitgewirkt haben Vertreter der Synagogen-Gemeinde in Form eines Geleitwortes, in dem auch auf die Positionen zum Umgang mit judenfeindlichen Darstellungen eingegangen wird: entfernen oder belassen und kritisch einordnen? „Der Prozess der abschließenden Meinungsbildung ist auf jüdischer Seite in vollem Gange“, schreiben Bettina Levy und Abraham Lehrer vom Vorstand. Die Publikation stellt entsprechende Forschungen vor und will für das Thema sensibilisieren. (kna öki 13.07.2021)

- **Sie ist jung, sie ist schön, sie gilt als Höhepunkt der deutschen Bildhauerei im Hochmittelalter.** Anmutig lächelt sie die Besucher des Bamberger Doms an – seit fast 800 Jahren. Doch sie steht für eine verheerende Botschaft: *Synagoga* verkörpert mit ihrer Augenbinde und den zerbrochenen Gesetzestafeln eine Religion, die aus Sicht der christlichen Kirche abgewirtschaftet hat, vom Teufel verführt, der Verdammung preisgegeben. Die Diskussion um den Umgang mit solchen antijüdischen Darstellungen ist nicht neu. Um die besonders drastischen Schmähfiguren der sogenannten Judensäue, zu finden an Kirchen- und Hauswänden in ganz Deutschland, wurden schon Gerichtsprozesse geführt. In Bamberg hat ein Kirchenmann im vergangenen Jahr einen neuen Impuls gesetzt: Der Weltanschauungsbeauftragte des Erzbistums, Hans Markus Horst, plädierte in einem Vortrag zur „Woche der Brüderlichkeit“ dafür, die umstrittene Synagoga aus dem Dom zu entfernen und mit ihrer Gegenfigur, der siegreich gekrönten *Ecclesia*, ins Diözesanmuseum zu verlegen. Das Domkapitel als Eigentümer der Kathedrale hat das abgelehnt. Seit Jahresbeginn gibt es in der oberfränkischen Bischofsstadt einen Runden Tisch zu solchen Fragen, jetzt fand eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion in der Universität statt. Es war, so viel lässt sich sagen, nicht die letzte Debatte zum Thema. Erzbischof Ludwig Schick plädierte dafür, die

Figuren an ihrem Standort zu belassen. Ziel müsse aber sein, den Betrachter dahin zu führen, „dass jeder Antisemitismus verurteilt wird“. Wie das geschehen könnte, darüber müsse man freilich noch nachdenken. Für Schick jedenfalls ist die Figur ein „Stein des Anstoßes“, der bleiben und jedem, der sie anschaut, „die Schamesröte ins Gesicht treiben“ sollte.

Nun zeigen allerdings die Erfahrungen von Domführungen, dass dieses Bildprogramm mit seiner furchtbaren Botschaft heute von den wenigsten noch erkannt, geschweige denn verstanden wird. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sagte, es müsse eine „sehr klare und eindeutige Beschriftung“ geben. „Ein QR-Code oder ein kleines Täfelchen, das man erst sieht, wenn man ums Eck geht, genügt mir nicht.“ Am schärfsten formulierte die Judaistin Susanne Talabardon: Die Figurengruppe sei „das getreue Abbild der christlich-jüdischen Beziehungen vom 4. bis zum 20. Jahrhundert“. Die triumphierende Kirche stehe einer „gedemütigten Minderheit“ gegenüber. Die Synagoge mit dem Teufel darunter, das sei theologisch das Niveau der „Bild“-Zeitung. „Das ist so harsch, da reicht es nicht, den Erklärbar zu spielen.“ Die katholische Kirche müsse sich bekennen: „Wir glauben nicht, dass Juden verblendet und vom Teufel verführt sind.“ Die Wissenschaftlerin schlug vor, sozusagen als Korrektiv eine weitere Figur in Auftrag zu geben, um zu veranschaulichen, wie die Kirche die Synagoge heute sieht. Dafür gibt es bereits Vorbilder: Vor dem evangelischen Landeskirchenamt in Hannover hat der belgische Künstler Johan Tahon 2017 Kirche und Synagoge in einer Bronzeplastik als Zwillingsschwestern dargestellt. Auch in Straßburg, wo es ebenfalls eine solche historische Figurengruppe im Münster gibt, wird über diese Lösung nachgedacht. Die Idee eines modernen Kontrast-Kunstwerks wird, das zeigten mehrere zustimmende Reaktionen in der Debatte, auch in Bamberg weiter ventiliert werden. Daneben gab es die Anregung, Bilder des Holocaust in den Dom zu holen, „um zu dokumentieren, wohin das geführt hat“. Ein Teilnehmer regte eine künstlerische Intervention an. „Man könnte ja mal temporär die Namen der beiden Figuren vertauschen. Dann würden vielleicht manche Zeitgenossen ihre momentane Erfahrung von Kirche darin wiedererkennen.“ Eine Kirche, der etwas aus der Hand gerutscht ist, die nicht sehen wollte, was in ihr passiert. (kna öki 13.07.2021)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Am 7. Februar haben sich in Israel trotz Versammlungsverbot erneut tausende streng-religiöse Juden zu einer Beerdigung zusammengefunden.** Sie versammelten sich laut Medienberichten in der mehrheitlich ultraorthodox bewohnten Stadt Bnei Brak, um dem prominenten Rabbiner Chaim Meir Halevi Vosner die letzte Ehre zu erweisen, der im Alter von 83 Jahren gestorben war, nachdem er sich mit dem Coronavirus infiziert hatte. Ranghohe Polizeivertreter hatten angeordnet, die Teilnahme an der Beerdigung auf die Familie des Verstorbenen zu begrenzen. Anhänger riefen jedoch dazu auf, der Beisetzung des Rabbiners beizuwohnen. Gleichzeitig öffneten landesweit ultraorthodoxe Bildungseinrichtungen entgegen den behördlichen Vorgaben. Wiederholt hatten sich strengreligiöse Juden allen Anordnungen zum Trotz zu tausenden zu Beerdigungen prominenter Rabbiner zusammengefunden. Zuletzt kamen zum Trauerzug für die Rabbiner Meschulam Dovid Soloweitschik (99) und Jitzchak Scheiner (98) zehntausende nach Jerusalem. Die Polizei sagte gegenüber Medien, eine Durchsetzung der Corona-Maßnahmen sei bei derartigen Veranstaltungen nicht möglich. Seit Beginn der Pandemie starben in Israel 5.121 Menschen. Die Zahl der Schwerkranken und Kranken in kritischem Zustand lag bei 1.059. (kna öki 09.02.2021)
- **Wer in Israel nach nicht-orthodoxer Praxis zum Judentum übergetreten und nicht Staatsbürger ist, kann künftig die israelische Staatsbürgerschaft nach dem Rückkehrgesetz erhalten.** Das oberste israelische Gericht urteilte laut Medienberichten, dass der Staat Konversionen anerkennen muss, die von konservativen und reformjüdischen Strömungen durchgeführt wurden. Gerichtspräsidentin Esther Hajut erklärte demnach in dem Urteil, es handle sich um eine zivile und keine religiöse Angelegenheit. Das Urteil hindere das Parlament nicht daran, neue Gesetze bezüglich des Rückkehrgesetzes zu erlassen. Personenstandsfragen liegen in Israel in den Händen der Religionsgemeinschaften – für Juden in jenen des strengreligiösen Oberrabbinats, das die Anerkennung von Konversionen außerhalb seines Wirkungsbereichs bisher ablehnte. Mit dem Urteil beendete das Gericht einen 15 Jahre anhaltenden Streit über die Anerkennung nicht-orthodoxer Konversionen für die Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft. Vertreter nicht-orthodoxer jüdischer Gruppen sowie der politischen Linken begrüßten den Entscheid als wichtigen Schritt für Vielfalt und Gleichberechtigung.

Kritik äußerten strengreligiös-jüdische Vertreter. Der Oberrabbiner von Safed, Jitzchak Josef, bezeichnete konservative und reformjüdische Konversionen als „Fälschung“, die „tausende Heiden“ ins jüdische Volk brächten. Der Präsident der orthodox geprägten Konferenz der Europäischen Rabbiner, Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, erklärte, das Urteil berge „die Gefahr, Charakter, Struktur und Stabilität des einzigen jüdischen Staates auf der Welt zu verwässern“. Mehrere strengreligiöse israelische Parlamentsabgeordnete kündigten Gesetzentwürfe an, um Einwanderung und Staatsbürgerschaft an Konversionen orthodoxer Natur zu knüpfen. Jitzhak Pindrus von der strengreligiös-jüdischen Partei „Vereintes Torah-Judentum“ beleidigte laut Medien Frauen, die im Rahmen ihres Armeedienstes zum Judentum übergetreten sind. Eine Soldatin, die in der Armee konvertiert sei, sei eine „Schickse“ und „Goja“. Beide Begriffe stammen aus dem Jiddischen und bezeichnen in abwertender Weise eine nichtjüdische Frau oder eine Frau, deren Verhalten im Widerspruch zum orthodoxen Judentum steht. Eine solche Soldatin sei nicht jüdisch und ihr Vater müsse „seine Kleider zerreißen“ und das jüdische Totengebet Kaddisch sprechen.

Die Anerkennung von Konversionen sind eng mit der Möglichkeit verbunden, nach Israel einzuwandern oder die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Beides sorgt in Israel seit Jahren für Streit. Zur jüdischen Einwanderung berechtigt ist nach dem Rückkehrgesetz jeder, der seine Abstammung bis zu einem jüdischen Großelternanteil zurückverfolgen kann oder Ehepartner eines Einwanderungsberechtigten ist. Damit steht das Gesetz im Widerspruch zur religiösen Definition, nach der Jude ist, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder religionsrechtskonform zum Judentum übergetreten ist. (kna öki 09.03.2021)

- **Die Kirchenführer Jerusalems haben sich besorgt über die jüngste Gewalt in Ostjerusalem geäußert.** „Die beunruhigenden Entwicklungen, ob in der Al-Aksa-Moschee oder in Scheich Jarrah, verletzen die Heiligkeit der Menschen von Jerusalem und Jerusalems als Stadt des Friedens“, heißt es in einer vom Lateinischen Patriarchat in Jerusalem verbreiteten gemeinsamen Stellungnahme der Patriarchen und Kirchenführer. Die Maßnahmen, die die Sicherheit der Betenden sowie die Würde der von Zwangsräumung bedrohten Palästinenser unterminierten, seien inakzeptabel. Die vornehmlich von rechtsradikalen Gruppierungen geschürten Spannungen gefährdeten die ohnehin zerbrechliche Realität in und um Jerusalem. Die Kirchenführer verwiesen auf den besonderen Charakter Jerusalems sowie den Status Quo, der alle Seiten dazu zwingt, „die bereits sensible Situation in der Heiligen Stadt Jerusalem“ zu schützen. Die Internationale Gemeinschaft forderten die Kirchenführer auf, den provozierenden Handlungen ein Ende zu setzen. Seit 7. Mai ist es in und um die Jerusalemer Altstadt zu den größten Ausschreitungen seit Jahren gekommen. Die Lage in Jerusalem gilt seit Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan Mitte April als angespannt. (kna öki 11.05.2021)

3. Personen

- **Regisseur Christian Stückl (59) hat die Buber-Rosenzweig-Medaille erhalten.** Der oberbayerische Theatermann wurde zum Auftakt der „Woche der Brüderlichkeit“ in Stuttgart ausgezeichnet. Coronabedingt fand die Veranstaltung ohne Publikum statt und wurde im Fernsehen übertragen. Der Münchner Kardinal Reinhard Marx würdigte in seiner Laudatio die Bedeutung der von Stückl inszenierten Oberammergauer Passionsspiele für den Zusammenhalt von Juden und Christen. Es habe lange gedauert bis zum Paradigmenwechsel im Verhältnis der Kirche und der Christen insgesamt zum Judentum und anderen Religionen, wie er im Zweiten Vatikanischen Konzil erfolgt sei. „Für mich als Erzbischof von München ist Oberammergau ein Testfall und ein Laboratorium für diese Rezeption des neuen Denkens, der neuen Geschwisterlichkeit“, sagte Marx. Er verwies dabei auf die Enzyklika *Fratelli tutti* von Papst Franziskus. Der Kardinal erinnerte an die lange Geschichte antijüdischer Erzählungen und Bilder in Passionsspielen, aber auch an Kathedralen. „Das hat verheerende Folgen bis heute in den Köpfen und Herzen.“ Daran angeknüpft hätten auch die Nationalsozialisten mit ihrer Ideologie. Stückl habe die Passionsspiele nicht nur von allen Antijudaismen befreit, sondern auch die Figur Jesu als gläubigen Juden dargestellt. „Schaut auf den Juden Jesu aus Galiläa aus Nazareth, das ist unser Heiland, das ist unser Erlöser: Der Jude Jesus. Und wenn ihr ihn verstehen wollt, dann müsst ihr ihn als Juden sehen.“ Dies zu zeigen, könne „auch nur ein oberbayerischer Dickschädel, wie er natürlich auch einer ist, und ein wirklicher Christ, ein Mensch, ein neugieriger Mensch, ein leidenschaftlicher Theatermann“, betonte Marx. Stückl habe immer wieder mit Besuchen des Ensembles in Israel und Gesprächen mit Rabbinern versucht, den Dialog in Gang zu bringen. Zugleich

wisse er, dass er mit der Inszenierung etwas Geistliches tue, so Marx. Er sei geprägt von einer „Leidenschaft für die Geschwisterlichkeit aller Menschen“.

Die Auszeichnung bezeichnete Stückl als „Mahnung“, sich weiter gegen Judenfeindlichkeit einzusetzen. Antisemitismus komme ebenso wieder hoch wie eine Feindlichkeit gegen Muslime. Es gelte, jeder Art von Rassismus entgegenzutreten. Stückl inszeniert 2022 die alle zehn Jahre stattfindenden Passionsspiele in seinem Geburts- und Wohnort zum vierten Mal. Im Jahr 2000 reformierte er das Stück grundlegend, auch im Austausch mit jüdischen Organisationen. Mit allen Hauptdarstellern reist er vor Beginn der Proben nach Israel. Auch bei anderen Inszenierungen greift der Theaterintendant biblische Stoffe auf, die Juden und Christen verbinden. – Die seit 1968 vergebene Buber-Rosenzweig-Medaille ist benannt nach den jüdischen Philosophen Martin Buber (1878-1965) und Franz Rosenzweig (1886- 1929). Mit ihr ausgezeichnet werden Verdienste um eine Verständigung zwischen Christen und Juden. (kna öki 09.03.2021)

- **Gelehrsamkeit, Energie und Humor: Damit ging der Judaist und Historiker Ernst Ludwig Ehrlich nach den Worten von Weggefährten an sein Lebenswerk und auf die Menschen zu.** Trotz NS-Verfolgung tat er viel für den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland und Europa und brachte als eine der treibenden Kräfte den schwierigen Dialog zwischen Juden und Christen voran. Er war ein Brückenbauer. Heute ist das Begabtenförderungswerk Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (ELES) nach ihm benannt und will in seinem Sinne wirken. Vor 100 Jahren, am 27. März 1921, wurde Ehrlich in Berlin geboren. Schon seine Kindheit verbrachte er mit seiner Familie im Geiste des liberalen jüdischen Bürgertums. Früh verlor er den Vater: Dieser soll Hitler als „hergelaufenen Österreicher“ bezeichnet haben, kam in Haft und starb 1936. Angesichts der Novemberpogrome von 1938 sagte Ehrlich später einmal im Fernsehen: „Da war das Ende gekommen. Das war die große Zäsur.“ Mit nur wenigen Ausnahmen habe die Bevölkerung diese Verbrechen hingenommen. Ehrlichs Mutter kam nach Auschwitz. Er selbst überlebte, weil Menschen ihn versteckten, bevor er mit einem Freund in die Schweiz fliehen konnte. In Berlin hatte er noch das Abitur gemacht und bei Leo Baeck an der liberalen Hochschule für die Wissenschaft des Judentums bis zu ihrer Schließung durch die Nationalsozialisten 1942 gelernt. Sowohl in Nazi-Deutschland als auch in der Schweiz, wo er ein Theologiestudium begann, gehörten zu Ehrlichs Unterstützern auch Christen. Nach dem Krieg promovierte Ehrlich 1950 in Basel, später lehrte er an Hochschulen in Deutschland und der Schweiz. 1958 erhielt er den Leo-Baeck-Preis des noch jungen Zentralrats der Juden in Deutschland, 1976 für seinen Einsatz im interreligiösen Dialog die Buber-Rosenzweig-Medaille, 2004 den Klaus-Hemmerle-Preis und 2007 den Israel Jacobson Preis der Union progressiver Juden. Von 1961 bis 1994 prägte Ehrlich die jüdische Wohlfahrtsorganisation *B'nai B'rith* als europäischer Direktor. Beim Zweiten Vatikanischen Konzil war er als Berater von Kardinal Augustin Bea an der Vorbereitung der Erklärung *Nostra aetate* beteiligt, in der die katholische Kirche ihr Verhältnis zu den Juden neu bestimmte. Bis zu seinem Tod am 21. Oktober 2007 in Riehen bei Basel war Ehrlich Mitglied des Gesprächskreises „Juden und Christen“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Der Theologe Hanspeter Heinz, über Jahrzehnte Vorsitzender des Gesprächskreises, bezeichnet Ehrlich als „die wichtigste jüdische Stimme“ in diesem Zusammenschluss, der auch eine Brücke zu den orthodoxen Rabbinern geschlagen habe. Die Brücke habe zudem in die Politik gereicht: „Er war ein gewiefter Politiker.“ Durch seine Teilnahme an Katholiken- und Kirchentagen habe Ehrlich nicht zuletzt die Idee des interreligiösen Dialogs nach außen getragen. Er sei mit Menschen in echter Freundschaft verbunden gewesen, habe die persönliche Begegnung geschätzt und sich für Versöhnung eingesetzt. „Da war eine ganz starke menschliche Treue.“ Auch ELES-Geschäftsführer Jo Frank würdigt das vermittelnde Wirken des Namensgebers des Werks – zu Christen und auch zwischen den Strömungen innerhalb des Judentums: „Er hat sich für alle eingesetzt. Und ausgerechnet jemand mit der Erfahrung von Verfolgung hat sich sein Leben lang der Aufgabe gewidmet, ein jüdisches Leben in Europa nach der *Schoah* zu ermöglichen. Denn wer nach 1945 an einen Wiederaufbau Deutschlands dachte, musste, forderte Ehrlich, den Aufbau jüdischen Lebens mitdenken.“ Ehrlich habe über Bildung und deren Institutionalisierung einen Weg gesehen, die Vermittlung jüdischer Tradition wieder aufzunehmen, etwa durch das Abraham Geiger Kolleg als erstes Rabbinerseminar nach der *Schoah* in Deutschland. (kna öki 23.03.2021)
- **Peter Fischer (65), Präsident des Sportvereins Eintracht Frankfurt, und Makkabi Deutschland, der bundesweit einzige jüdische Turn- und Sportverband, erhalten die Buber-Rosenzweig- Medaille 2022.** Beide Preisträger werden für ihr Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus ausgezeichnet, wie der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mitteilte. Die Preisverleihung soll am

6. März 2022 zur Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“ in Osnabrück stattfinden, die unter dem Motto „Fair Play – Jeder Mensch zählt“ steht. (kna öki 27.04.2021)

- **Haim Korsia** (57), Oberrabbiner von Frankreich, ist für weitere sieben Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Bei der Wahl von rund 300 Wahlleuten des jüdischen Konsistoriums setzte sich Korsia gegen die beiden Gegenkandidaten Rabbiner **Mikael Journo** und **Laurent Berros** mit 74,4 Prozent der Stimmen durch. Mit rund 500.000 Mitgliedern ist die jüdische Gemeinschaft in Frankreich heute die größte in Europa. Der Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER), Moskaus Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, gratulierte Korsia. Dieser habe seine Gemeinde in den vergangenen sieben Jahren erfolgreich durch einen besorgniserregenden Anstieg des Judenhasses, Krisen des Terrorismus und die Corona-Pandemie navigiert. „Es war und ist ein großes Privileg, eng mit Rabbiner Korsia an gesamt-europäischen Themen innerhalb der CER zu arbeiten.“ Korsia ist zugleich erster CER-Vizepräsident. (kna öki 08.06.2021)

4. Bücher

- **Neues Buch porträtiert Rabbinerinnen in Deutschland.** Unter dem Titel „Reginas Erbinnen - Rabbinerinnen in Deutschland“ haben Rabbinerin Antje Yael Deusel und Rocco Thiede neun Porträts von Frauen aus unterschiedlichen Strömungen des Judentums herausgegeben. Der Titel bezieht sich auf Regina Jonas, die sich trotz vieler Widerstände in einer Männerdomäne behauptete und die weltweit erste Rabbinerin wurde. Lange war Jonas, die 42 Jahre alt und in Auschwitz ermordet wurde, vergessen, bevor sie mithilfe von Dokumenten, einem Film und Publikationen wieder bekannter gemacht wurde. Das Buch gibt weitere Einblicke in das Judentum und in das Denken der Porträtierten: zum Beispiel zu theologischen und spirituellen Fragen, den Strömungen innerhalb des Judentums, Konversionen, Gelehrsamkeit, dem Verhältnis von Mann und Frau, Familie, Emanzipation des Geistes, zu Zweifeln, Wagemut und Aufbruch. Es wird deutlich, dass viele der vorgestellten Frauen spät ihre Berufung entdeckten oder ihr nachgingen. Das trifft etwa auf Bea Wyler zu, die 1995 ihr Amt als erste Rabbinerin in Deutschland seit dem Ende der *Schoah* in Oldenburg und Braunschweig antrat und Wert darauf legt, mit der männlichen Form „Rabbiner“ angesprochen zu werden. Ebenfalls in Oldenburg ist Rabbinerin Alina Treiger tätig, die 2010 als erste Frau in Deutschland nach der *Schoah* als Rabbinerin ordiniert wurde. Auch sie wird in dem Buch vorgestellt. Manche Rabbinerinnen berichten über ihr Privatleben, zum Beispiel darüber, dass sie in akzeptierten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben oder wie sie von ihren Ehemännern auf ihrem Weg unterstützt wurden. Es wird das Engagement der Frankfurter Rabbinerin Elisa Klapheck vorgestellt, die auch zu den Mitbegründerinnen von „*Bet Debora*“ gehört, einem Forum des Austauschs für jüdische Frauen, und zu europäischen Tagungen für Rabbinerinnen, Kantorinnen und rabbinisch Gelehrten eingeladen hatte.

Den Porträts vorangestellt sind Grußworte von internationalen Pionierinnen, die in ihrer jeweiligen Strömung in den 1970er und 80er Jahren ordiniert wurden. Hinzu kommt die erste orthodoxe Rabbinerin, Sara Hurwitz, die 2009 ordiniert wurde. So schreibt Rabbinerin Amy Eilberg, die erste von der konservativen Bewegung ordinierte Frau (1985), dass gerade in Deutschland die Anwesenheit von Rabbinerinnen den Gemeinden „unbeschreiblich Schönes, Einfühlungsvermögen, Kreativität und Hingabe“ beschere. Eingerahmt sind alle Beiträge von Würdigungen des Lebens und Werks von Regina Jonas. Die Judaistin Rachel Herweg etwa schreibt, dass nicht „Gleichartigkeit von Frau und Mann, sondern Gleichwertigkeit in unterschiedlicher Funktionalität“ die Devise von Jonas gewesen sei. Das eigentliche Vermächtnis der weltweit ersten Rabbinerin aus Berlin bestehe in einem „künftig freien und bewussten pluralen Nebeneinander von Traditionalisten und religiös Progressiven“.

Rabbinerin Antje Yael Deusel, Rocco Thiede (Hrsg.): Reginas Erbinnen. Rabbinerinnen in Deutschland, Hentrich & Hentrich, 212 Seiten, 19,90 Euro. (kna öki 16.02.2021)

- **Als „intensives Zwiegespräch zwischen dem Beter und seinem Schöpfer“ liest Yuval Lapide die 150 biblischen Psalmen.** Ein Beten des biblisch legendären Königs und Psalter-spielers David und ebenso des Menschen im 21. Jahrhundert. Dabei wird die Auslegung Lapides von der Philosophie der Dialogik Martin Bubers (1878-1965) durchdrungen, den man als den Mentor im Schaffen des Autors bezeichnen kann: Der Mensch verwirkliche sein Ich im Gespräch mit seinem Dialogpartner, und für Buber ist Gott der immerwährende Partner, das ewige Du. König David, kein von der Erde losgelöster Schöngest, sondern ein Mensch der

alle Widrigkeiten des Daseins, die Höhen und Tiefen des Lebens durchschritten hat und auf diesem Weg – auch im tiefsten Abgrund – sein Gottvertrauen bewahrte, dessen Unbedingtheit am besten der hebräische Begriff „*emuna*“ veranschaulicht. „Dieser Mann lebt sein brisantes Außenleben aus einer unerschöpflich reichen, spirituellen Innerwelt“, schreibt Lapide. Wie hart musste der Hirtenjunge aus Bethlehem – beginnend mit dem Augenblick seiner Königssalbung durch den Propheten Samuel – gegen seine Widersacher vorgehen; Saul – sein Schwiegervater und Vorgänger auf dem Königsthron – versucht, ihn umzubringen, und mit dem Riesen Goliath drohte dem vereinigten Königreich Juda und Israel die nationale Katastrophe. „Herr, wie viele sind meine Bedränger; viele stehen gegen mich auf. Viele gibt es, die von mir sagen: Er findet keine Hilfe bei Gott. Du aber Herr, bist ein Schild für mich, du bist meine Ehre und erhebst mein Haupt“ (Psalm 3). Im Besitz seines von Gott geschenkten freien Willens ist dieser König und Mensch stets aktiv und fällt rettende Entscheidungen in vielen brenzligen Situationen. Auch zweifelt er oft und begeht Fehler, doch letztlich ist das ewige Du als All-Erhalter des Seins für ihn stets bestimmend, „von seiner Geburt bis zu seinem Ableben auf Erden und der Rückkehr zu seinem überirdischen Ursprung“. In dieser Auslegung Lapides findet der gefestigte Jenseitsglaube des pharisäisch-rabbinischen Judentums Ausdruck, der erst in einer späteren Entwicklungsphase der jüdischen Geistesgeschichte aus der Tora herausgelesen wurde.

Im Vertrauen auf den einen Gott Israels sind die dem Gotteslob gewidmeten Psalmen keine auf das Erhaschen von Vorteilen ausgerichtete, leere Huldigungsworte, womit die Heiden ihre Götzen zu besänftigen suchten, sondern dankbar ausgesprochene und aus dem Herzen kommende Lobgesänge an den Schöpfer: „Preise den Herrn, meine Seele! Herr, mein Gott, überaus groß bis du! (...) Du hüllst dich in Licht wie einen Mantel, du spannst den Himmel auf gleich einem Zelt. Du verankerst die Balken deiner Wohnung im Wasser; Du nimmst dir die Wolken zum Wagen, du fährst einher auf den Flügeln des Windes. (...) Du sendest deinen Geist aus: Sie werden erschaffen und du erneuerst das Angesicht der Erde. (...) Ich will dem Herrn singen in meinem Leben, meinem Gott singen und spielen, solange ich da bin“ (Psalm 104). Lapide betont in seiner Betrachtung der von ihm ausgewählten Psalmen die Eigenart der altorientalischen Literatur, sich bildhaft auszudrücken. Die Hebräische Bibel kennt keine abstrakten Beschreibungen, es sind die sprechenden Bilder, die in diesem Patrimonium der Menschheit dem Leser oder dem Zuhörer den Glauben erschließen.

Unter der Überschrift „Gottesverlassenheit und Rettung des todgeweihten Armen“ legt Lapide Psalm 22 aus. Die in Extremsituationen erlebte Gottesferne wird in diesen Versen des dichtenden israelitischen Herrschers als tief menschlich bindend zum Ausdruck gebracht. Ein Seelenzustand zwischen Gottverlassenheit und Gottvertrauen, den Martin Buber mit den Worten „Ich fliehe von Dir zu Dir“ veranschaulicht. Die Anfangsworte dieses Psalms „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen“ (Psalm 22,2 und Matthäus 27,46), von David in äußerster Not gesprochen, seien Christen allzu gut als der letzte Todesschrei Jesu bekannt. Lapide erörtert die genaue Bedeutung des Satzes im hebräischen Urtext. Nicht „warum“, sondern „wozu hast du mich verlassen“. Eine in äußerster Bedrängnis an Gott gerichtete Frage, die nicht anklagt, sondern das Verborgene im göttlichen Heilsplan verdeutlicht. „Der Psalmist hat sein anfängliches, erdrückendes Leid verwandelt und in ein großes Lied der gesamten, zum Lob aufgerufenen Menschheit“, resümiert Lapide. „Denn dem Herrn gehört das Königtum; er herrscht über die Nationen“ (Psalm 22, 29). Aus dieser Auslegung des 22. Psalms erschließt sich auch im erweiterten Sinne Golgotha als Extrem-situation einer im Leiden empfundenen totalen Gottesverlassenheit, doch weiter gedacht als der Keim zur Erfüllung der im Psalm geäußerten Vision: Das Königtum des einen Gottes Israels verbreitet sich über die Nationen.

Yuval Lapide ist der Sohn von zwei Wegbereitern des christlich-jüdischen Dialogs, Pinchas und Ruth Lapide, doch kein Epigone seiner Eltern. Er beschreitet den eigenen Weg durch in intensiver Arbeit fundierte Erkenntnisse und gibt der Verständigung zwischen Juden und Christen eine auf die Zukunft ausgerichtete neue Richtung sowie Prägung.

Yuval Lapide, Die schönsten Psalmen neu entdeckt, 176 Seiten, Katholisches Bibelwerk Stuttgart 2020, 19,95 Euro. (kna öki 30.03.2021)